

# Hinweise zur Datenverarbeitung für Verfahrensbeteiligte in Insolvenz(antrags)verfahren gemäß EU-Datenschutz-Grundverordnung

## 1. Angabe des Verantwortlichen sowie Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Die Daten werden im Auftrag des in dem jeweils betroffenen Verfahren vom Gericht gemäß dem entsprechenden Beschluss bestellten Sachverständigen, (vorl.) Insolvenzverwalters, Sonderinsolvenzverwalters, Treuhänders oder (vorl.) Sachwalters verarbeitet durch:

Fischer Rechtsanwälte  
Erbprinzenstraße 27, 76133 Karlsruhe  
Telefon: (0721) 933 806-0 Fax: (0721) 933 806-22  
E-Mail-Adresse: [info@fischer-rechtsanwaelte.de](mailto:info@fischer-rechtsanwaelte.de)

Unseren Datenschutzbeauftragten erreichen Sie unter:

Fischer Rechtsanwälte  
Datenschutzbeauftragter  
Erbprinzenstraße 27, 76133 Karlsruhe  
E-Mail-Adresse: [dsb@fischer-rechtsanwaelte.de](mailto:dsb@fischer-rechtsanwaelte.de)

## 2. Umfang der Verarbeitung personenbezogener Daten

Wir verarbeiten und speichern personenbezogene Daten, die wir von Ihnen erheben. Wir erheben und verwenden personenbezogene Daten grundsätzlich nur, soweit dies zur Erfüllung des gerichtlichen Auftrages bei Bestellung als Gutachter bzw. zur Erfüllung der sich aus der Insolvenzordnung (InsO) ergebenden Verpflichtungen erforderlich ist. Dabei erheben wir personenbezogene Daten aus der Gerichtsakte, aus dem Datenbestand des Schuldners sowie durch Direkterhebung bei der betroffenen Person, insbes. bei Verarbeitung der Forderungsanmeldungen im Insolvenzverfahren. Ferner erheben, speichern und verarbeiten wir personenbezogene Daten bei öffentlichen Registern und Stellen wie bspw. Grundbuchämtern, Gerichtsvollziehervertreiterstelle und Einwohnermeldeämtern. Ferner verarbeiten und speichern wir personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen (z. B. Handels- und Vereinsregister, Presse, Medien, Internet) sowie bei Auskunftfeien erhoben haben.

Außerdem erheben, verarbeiten und speichern wir personenbezogene Daten, die uns Dritte zur Verfügung stellen, die wir, um die gesetzlichen Anforderungen an die Bearbeitung von Insolvenzverfahren erfüllen zu können, kontaktiert haben.

Relevante personenbezogene Daten können dabei u.a. sein:

- Name, Adresse / andere Kontaktdaten (Telefon, Telefax, E-Mail-Adresse),
- Geburtsdatum/-ort, Geschlecht, Staatsangehörigkeit,
- Familienstand, Unterhaltungsverpflichtungen, Geschäftsfähigkeit, unselbständig/selbständig,
- Finanz- und Steuerdaten,
- Versicherungsdaten, Bankdaten,
- Angaben über Vermögensverhältnisse und/oder Vermögensgegenstände,
- Informationen über laufende Rechtsstreitigkeiten,
- Zahlungs- und Forderungsdaten,
- ggf. besondere Kategorien, soweit diese zur Bearbeitung des Verfahrens erforderlich sind (z.B. Gesundheitsdaten, Religionszugehörigkeit, Arbeitnehmerdaten etc.)

Soweit es zur Wahrnehmung unserer Pflichten zur bestmöglichen Verwertung der Insolvenzmasse erforderlich ist (insbesondere beim Einzug von Forderungen des Schuldners gegenüber Drittschuldnern) fragen wir bei Auskunftfeien Informationen zur Beurteilung des allgemeinen Zahlungsverhaltens ab.

Wir verwenden ein Dokumentenmanagementsystem, in das sämtliche Korrespondenz digital eingelesen und verarbeitet wird.

## 3. Rechtsgrundlage und Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten

Soweit wir für Verarbeitungsvorgänge personenbezogener Daten eine Einwilligung der betroffenen Person einholen, ist Art. 6 Abs. 1 lit. a DSGVO Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten. Bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten, die zur Erfüllung eines Vertrages, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, erforderlich ist, ist Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO Rechtsgrundlage. Dies gilt auch für Verarbeitungsvorgänge, die zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich sind. Soweit eine Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, der wir unterliegen, dient Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO als Rechtsgrundlage. Für den Fall, dass lebenswichtige Interessen der betroffenen Person oder einer anderen natürlichen Person eine Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich machen, dient Art. 6 Abs. 1 lit. d DSGVO als Rechtsgrundlage. Hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten, die zur Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die uns übertragen wurde, ist Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO Rechtsgrundlage für die Verarbeitung personenbezogener Daten. Ist die Verarbeitung zur Wahrung eines berechtigten Interesses von Fischer Rechtsanwälte oder eines Dritten erforderlich und überwiegen die Interessen, Grundrechte und Grundfreiheiten des Betroffenen das erstgenannte Interesse nicht, so ist Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO Rechtsgrundlage für die Verarbeitung.

Wir erheben und verarbeiten die Daten zum Zweck der Durchführung des Insolvenz(antrags)verfahrens.

Der Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten ergibt sich insbesondere aus

- dem gerichtlichen Gutachtenauftrag bzw. der sonstigen gerichtlichen Beauftragung/Bestellung oder
- dem Ziel des Insolvenzverfahrens, das dazu dient, die Gläubiger eines Schuldners gemeinschaftlich zu befriedigen, indem das Vermögen des Schuldners ermittelt, verwertet und der Erlös verteilt oder in einem Insolvenzplan eine abweichende Regelung getroffen wird (§ 1 InsO). Der Insolvenzverwalter/Sachwalter steht hierbei unter der Aufsicht des Insolvenzgerichts. Das Gericht kann jederzeit einzelne Auskünfte oder einen Bericht über den Sachstand und die Geschäftsführung von ihm verlangen (§ 58 Abs. 1 InsO).

## 4. Empfänger personenbezogener Daten

Im Rahmen der Pflichten nach der InsO übermitteln wir personenbezogene Daten an das Insolvenzgericht, bspw. im Zuge der Berichtspflicht oder Übermittlung der Insolvenztabelle zu Niederlegung auf der Geschäftsstelle. Darüber hinaus erhalten die Mitarbeiter Zugriff auf die Daten, die diese zur Erfüllung der vorbenannten Zwecke benötigen. Die Rechtsanwälte von Fischer Rechtsanwälte unterliegen dabei der anwaltlichen Schweigepflicht. Auch die nichtanwaltlichen Mitarbeiter von Fischer Rechtsanwälte sind vertraglich zur Wahrung der Verschwiegenheit verpflichtet.

Wir bedienen uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen und vertraglichen Verpflichtungen zum Teil externer Dienstleister und Auftragnehmer, insbesondere für die Archivierung und Vernichtung von Geschäftsunterlagen, die Sicherung und Auswertung von Daten des Schuldners, die Be- und Verwertung von bewegl. Anlagevermögen und Immobilien, die Erfüllung buchhalterischer und steuerlicher Aufgaben sowie im Rahmen von Personaldienstleistungen, wie Entgeltabrechnungen oder Insolvenzgeldbearbeitung. Darüber hinaus können wir personenbezogene Daten an weitere Empfänger übermitteln, wie etwa an Behörden zur Erfüllung gesetzlicher Auskunfts- und Mitwirkungspflichten (z.B. Sozialversicherungsträger, Finanzbehörden oder Strafverfolgungsbehörden), Ämter und Gerichte, das Landesamt für Statistik nach gesetzl. Vorgaben, die Bundesagentur für Arbeit, die Staatsanwaltschaft und sonstige Verfahrensbeteiligte.

## 5. Datenlöschung und Speicherdauer

Die personenbezogenen Daten der betroffenen Person werden gelöscht oder eingeschränkt verarbeitet, sobald die gesetzlich vorgesehenen Aufbewahrungsfristen von 10 Jahren nach HGB bzw. AO abgelaufen sind. Eine Speicherung kann über diesen Zeitraum hinaus erfolgen, wenn dies durch den europäischen oder nationalen Gesetzgeber in unionsrechtlichen Verordnungen, Gesetzen oder sonstigen Vorschriften, denen der Verantwortliche unterliegt, vorgesehen wurde. Die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung der Daten erfolgt dann, wenn eine durch die genannten Normen vorgeschriebene Speicherfrist abläuft, es sei denn, dass eine Erforderlichkeit zur weiteren Speicherung der Daten für einen Vertragsabschluss oder eine Vertragserfüllung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen besteht.

## 6. Profiling und Datenübermittlung in ein Drittland

Eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling findet nicht statt. Wir übermitteln grundsätzlich keine personenbezogenen Daten an Dienstleister außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraumes (EWR).

## 7. Rechte der betroffenen Person

Sie können schriftlich Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten verlangen. Darüber hinaus können Sie unter bestimmten Voraussetzungen die Berichtigung oder Löschung oder die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer Daten verlangen. Ihnen kann weiterhin ein Recht auf Herausgabe der von Ihnen bereitgestellten Daten in einer strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Form zustehen. Einem Verlangen auf Löschung der Daten bzw. einem Widerspruch gegen die Verarbeitung der Daten ist u.a. nicht Folge zu leisten, soweit der Zweck der Datenverarbeitung in der Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung liegt. Ein Widerruf wirkt erst für die Zukunft. Verarbeitungen, die vor dem Widerruf erfolgt sind, sind davon nicht betroffen. Bitte beachten Sie, dass wir eine telefonische Geltendmachung von Betroffenenrechten nicht bearbeiten können, da wir aus datenschutzrechtlichen Gründen keinerlei telefonische Auskünfte erteilen, u.a. weil wir die Identität nicht prüfen können. Bitte machen Sie Ihre Betroffenenrechte daher schriftlich bei dem jeweils durch das Gericht eingesetzten Gutachter, (vorl.) Insolvenzverwalter, (vorl.) Sachwalter, Treuhänder oder Sonderinsolvenzverwalter geltend.

## 8. Beschwerderecht

Soweit Sie der Ansicht sind, die Verarbeitung Ihrer personenbezogener Daten verstoße gegen gesetzliche Vorgaben, haben Sie das Recht zur Beschwerde bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde.